

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Döl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 183

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Freitag, den 7. August

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Regierung hat die Gültigkeit der Optionen von ungefähr 1000 Optionen angezweifelt. Die polnische Regierung hat sich bereit erklärt, die Ausweisung der in Frage kommenden Optionen einseitig nicht durchzuführen.

* Bei der Debatte im Reichstag über den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern führte Reichsfinanzminister von Schlieffen aus, daß Reich wolle den Ländern Überweisungen von 2,1 Milliarden garantieren.

* Nach den in den Sanktionsgebieten getroffenen Vorbereitungen soll die Räumung Düsseldorf, Duisburgs und Ruhrorts am 15. August zu erwarten sein.

* In Schlesien sind durch Regengüsse und Gewitter am ganzen Oberlauf der Oder starke Überschwemmungen eingetreten.

* Der französische Ministerpräsident Briand hat seine geplante Reise nach London zu Beratungen über den Sicherheitspakt vorläufig aufgegeben.

Deutsch-russische Beziehungen.

Aus unterrichteten politischen Kreisen wird uns geschrieben:

Es geht doch nicht ganz so schnell mit der französischen Rückantwort auf unsere Note vom 20. Juli. Briand soll sie zwar fertiggestellt haben, aber die englische Zustimmung zu erhalten, die er persönlich in London einholen wollte, begegnet doch noch so erheblichen, allerdings rein äußerlichen Schwierigkeiten in England, daß er seine Reise aufgeschoben hat. Die englische Regierung hat derzeit noch größere, nämlich innerpolitisch-wirtschaftliche Sorgen, so daß sich Herr Briand noch etwas gedulden muß.

Inzwischen ist aber auf unserer andern Seite, nämlich im Osten, in Rußland, eine offiziöse Stimme laut geworden, die sich in wesentlich vernünftigerer und verbindlicher Form mit dem Problem: Deutschland — Sicherheitspakt — Rußland beschäftigt. Ursprünglich hatte man in Moskau — und zwar nicht zuletzt der Volkskommission für das Auswärtige, Tschitscherin — in unfreundlicher Form das deutsche Sicherheitsangebot als einen Bruch mit unserer bisherigen Rußland gegenüber befolgten Politik bezeichnet, als ein Verlassen der mit dem Vertrag von Rapallo eingeschlagenen Linie, als ein Abrutschen in die antisowjetische, von England-Amerika geführte Einheitsfront hinein. Man hatte in Moskau sogar damit gedroht, über Deutschland hinweg sich wirtschaftlich-finanziell-politisch mit Frankreich zu verständigen, und dann sähe Deutschland allein auf weiter Flur. Schon damals wurde aber gerade von der deutschen Regierung betont, daß man in der Wilhelmstraße bei den weiteren Verhandlungen alles daransetzen werde, sich nicht durch irgendwelche theoretische oder hinterlistige, weil ausdehnbare Bestimmungen eines solchen Paktes in irgendeine Verpflichtung gegen Rußland hineinmischen zu lassen. Das hat der deutsche Außenminister wiederholt unterstrichen, ohne dabei die überaus naheliegende Frage zu stellen, was wir, Deutschland, denn nun eigentlich an wirklichen Vorteilen von der politischen Linie haben, die mit dem „Bündnis von Rapallo“ eingeschlagen wurde. Die Hoffnungen, die wir wirtschaftlich daran knüpfen, sind fast gänzlich unerfüllt geblieben; und politisch — nun, da mag an den Moskauer Prozeß gegen die drei Deutschen erinnert werden! Und an die Bemühungen der Sowjetgewaltigen, mit Hilfe der „Sektion Deutschland“ der Dritten kommunistischen Internationale bei uns Unruhe zu schaffen.

Man hat sich also in Moskau beruhigt, zumal nicht bloß in der deutschen Note auf das heikle Thema: Deutschland und eine etwaige Völkerbündelung gegen Rußland, eingegangen wurde, sondern weil anfänglich der am 22. vergangenen Monats im Reichstag stattgefundenen Debatte die Redner aller Parteien sich auf den Standpunkt stellten, daß im Sicherheitspakt uns politisch-militärische Bedingungen gegenüber Rußland nicht auferlegt werden dürften. An und für sich ist ja die Besorgnis Moskaus vor einer englisch-amerikanisch-italienischen Einheitsfront gegen den Bolschewismus nicht unberechtigt: erst in den letzten Tagen drang wieder die Kunde von dahin abzielenden Bemühungen des englischen Kabinetts in die Öffentlichkeit. Mit großer Zufriedenheit stellt man daher in jenem offiziellen Artikel der Moskauer „Iswestija“ fest, daß vor allem zwischen der deutschen und der französischen Auffassung über den Sicherheitspakt vorläufig noch ein ganz gewaltiger Abgrund liegt. Nicht viel geringer sei aber auch der Gegensatz der deutschen und der englischen Ansichten über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund; Moskau erkennt an, daß Deutschland darauf bestohe, durch seinen etwaigen Eintritt nicht in kriegerische Konflikte mit Rußland hineingezogen zu werden. Deutschland wolle also die Fühlung mit England behalten, aber doch nicht von der Linie der Rapallo-Politik abweichen. Freilich befürchtet man in Moskau, dieses Spiel nach zwei Seiten hin werde Deutschland nicht glücken, sondern es werde schließlich doch England in die antisowjetischen Arme sinken.

Bei den Verhandlungen über den Sicherheitspakt geht aber — die Rückwirkung auf unser Verhältnis zu Rußland betrachtet — die deutsche Regierung gerade von der Selbstverständlichkeit aus, daß wir, im Hinblick auf unsere hilflose militärische Lage als einer völlig wehrlosen Nation, uns in jedem Konflikt des Völkerbundes mit Rußland freie Hand wahrnehmen müßten; zum mindesten müssen wir das Recht auf Neutralität haben. Auch können wir uns nicht verpflichten lassen, auch die für einen derartigen „Erfüllungsfall“ in Genf vorgeschlagenen wirtschaftlichen Blockademaßnahmen mitzumachen, weil auch diese nichts anderes als eine „unfreundliche“ Stellungnahme Rußland gegenüber darstellen und mit militärischen Maßnahmen beantwortet werden könnten und würden.

Reich und Länder

Finanzausgleich im Reichstag.

OB. Berlin, 5. August.

Nach Genehmigung der Verbrauchssteuern auf Wein, Zündwaren, Salz, Zucker und Viehfleisch in der 111. Sitzung des Reichstages werden die Steuererträge normiert. Die Steuer für Schaumwein soll 30 %, für Wein 20 % betragen. Beide Sätze sollen für die Zeit vom 1. August 1925 bis zum 30. September 1927 um ein Viertel ermäßigt werden. Außerdem soll ein Drittel des Ertrages der in der Zeit vom 1. Juli 1925 bis 30. Juni 1927 aufkommenden Weinssteuer zur Behebung der Not des Winzerstandes verwendet werden. Bei der Zündwarensteuer wird die Ausschussfassung aufrechterhalten, die eine Steuer von 0,2 bis 0,6 Pfennig pro Schachtel Zündhölzer und eine solche von 2 Pfennig für Zündkerzen aus Stearin, Wachs usw. vorsieht. Für Salz werden 3 Mark Steuer pro Doppelzentner erhoben. Die Zuckersteuer wird hierauf nach der Ausschussfassung angenommen, so daß alle an Steuern erhoben werden pro 100 Kilogramm vom Stärke-zucker 8,40 Mark, von anderem Zucker 21 Mark.

Das Haus wendet sich dann noch, ehe es sich vertagt, der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reiches, der Länder und der Gemeinden zu. Verbunden hiermit wird die Frage der Behandlung der sogenannten Versorgungsbetriebe.

(112. Sitzung.)

OB. Berlin, 5. August.

Der Reichstag setzte die zweite Beratung des Entwurfes eines Gesetzes über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reiches, der Länder und der Gemeinden fort. Abg. Koenen (Komm.) lehnte den Entwurf wegen seiner Form ab. Abg. Dr. Fischer (Dem.) beantragte, das Steuereinkommen aus den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken den Ländern und Gemeinden zu überweisen. Damit schloß die Aussprache.

Ein Antrag Rühlentampt (D. Vp.), der auch die öffentlichen Versorgungsbetriebe, der lebenswichtigen Bedürfnissen der Bevölkerung dienen, der Körperschaftsteuer unterwerfen will, wurde in namentlicher Abstimmung mit 224 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Fischer wurde mit 346 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage wurde unter Ablehnung der übrigen Änderungsanträge in der Ausschussfassung angenommen.

Regierungsvorlage zum Ausgleich.

Das eingebrachte Finanzausgleichsgesetz betont nach den Ausschussvorschlägen, daß die Länder vom 1. Oktober 1925 ab von dem Auskommen an Einkommen- und Körperschaftsteuern drei Viertel erhalten, von dem Auskommen an Umsatzsteuer bis zum 31. März 1926 35 %, dann 30 %. Die Beteiligung der Gemeinden regelt die Landesgesetzgebung.

Kompromißvorschlag der Regierungsparteien.

Nach einem Antrag der Regierungsparteien soll den Ländern und Gemeinden als ihr Anteil an den erwähnten drei Steuern in den Jahren 1925/26 ein jährlicher Mindestbetrag von 2100 Millionen garantiert werden.

Die kürzlich in Berlin versammelt gewesenen Landesfinanzminister haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß das Kompromiß nur dann annehmbar wäre, wenn den Ländern bis zum 1. April 1927 35 % eines garantierten Auskommens an Umsatzsteuer von 1500 Millionen zugesagt würde.

In der Vorlage wird weiter bestimmt, daß der Mietzins spätestens am 1. April 1925 die Höhe der Friedensmiete erreicht haben muß. Die bisherige Hauszinssteuer wird nach der Vorlage als Steuer vom bebauten Grund und Boden von den Ländern und Gemeinden erhoben.

Ihr Ertrag wird nur zu einem Teil zur Beförderung der Wohnungsbautätigkeit verwandt und dient im übrigen den allgemeinen Bedürfnissen der Länder und Gemeinden.

Reichsfinanzminister v. Schlieffen

führt zur Begründung der Vorlage aus, eine Verständigung zwischen dem Reich und den Ländern in dieser Frage habe sich bisher nicht erzielen lassen. Die Reichsregierung sei nunmehr bereit, noch einen weiteren Schritt zu tun, indem sie den Ländern und Gemeinden bis zur Einführung der Zuschläge zur Einkommen- und Körperschaftsteuer Überweisungen aus dem Auskommen an Einkommen- und Körperschafts- sowie Umsatzsteuer bis zur Höhe von 2100 Millionen Reichsmark garantiert. Dies bedeute, daß das Risiko in Bezug auf das Gesamtauskommen in den hauptsächlichsten Steuern allein vom Reich getragen wird. Der Minister wies dann den Vorwurf der Überschuldpolitik zurück und versicherte, daß er der „erste“ sein würde, der für eine weitere Steuerherabsetzung eintreten würde, wenn tatsächlich wegen Verringerung der allgemeinen Wirtschaftslage höhere Steuerbeträge eingebracht würden, als zur Balancierung des Etats erforderlich seien. Eine zahlenmäßige Differenz würde nach Ansicht des Ministers mit den Ländern nicht bestehen. Die Differenz erstreckte sich vielmehr auf zwei Punkte: einmal wollten die Länder das Auskommen an der Umsatzsteuer, und zwar 35 % von einem Gesamtauskommen von 1500 Millionen Reichsmark gesondert garantiert haben. Dies würde zur Folge haben, daß das Reich auch bei einer etwaigen weiteren Senkung der Umsatzsteuer das volle Risiko zu tragen hätte, ohne sich durch ein höheres Auskommen und höhere Überweisungsbeträge aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer davon befreien zu können. Sodann wollten die Länder dem Reich Schritt für Schritt die

Wir haben ja auch nicht das geringste Interesse daran, etwa bei einem durchaus möglichen russisch-polnischen Konflikt uns durch den Völkerbund zu Bundesgenossen Polens machen zu lassen, geschweige denn, Frankreich bei einem solchen Konflikt das Durchmarschrecht durch unser Gebiet zu gewähren. Und das allergeringste Interesse haben wir daran, uns etwa zum Degen der englisch-amerikanischen Sonderinteressen gegen den russischen Kommunismus gebrauchen zu lassen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Freigabe deutschen Eigentums.

Die Regierung Neuseelands ist bereit, Anträge

Einkommenbesteuerung wieder abnehmen. Diesem Ziele glaube die Regierung aus außenpolitischen sowie aus wirtschafts- und steuerpolitischen Gründen entgegenzutreten zu sollen.

Die Basis der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs auf den Gebieten der Steuern müsse unbedingt aufrechterhalten werden.

Bei alledem sei zu bedenken, daß es sich gegenwärtig nur um eine vorläufige Regelung handle. Die endgültige Lösung des Finanzausgleichs soll den Ländern und Gemeinden ein Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer bringen. Da die Ausschussbeschlüsse für die Einführung dieses Zuschlagsrechtes den 1. April 1927 in Aussicht nehmen, habe die nunmehr zutreffende Regelung nur 1½ Jahre Geltung. In der Zwischenzeit werde das Reich sich Unterlagen für die endgültige Regelung des Zuschlagsrechtes beschaffen, wobei ihm nichts ferner liege, als etwa eine Einmischung in die den Ländern obliegende Aufsicht über die Gemeinden. Zum Schluß betonte der Minister erneut, daß es die Reichsregierung nach wie vor besonders begrüßen würde, wenn es gelänge, mit den Ländern auf der allgemeinen Grundlage der Beschlüsse des Steueraususses zu einer Verständigung zu kommen. (Beifall rechts.)

Preussischer Finanzminister Dr. Höpfer-Wischhoff

meinte, die Mehrheit der Länder habe sich damit abgefunden, daß auf dem Gebiete der Einkommen- und Körperschaftsteuer dem Reich die Verwaltung bleibe, aber sie könnten als Ausgleich für die Herabsetzung ihres Anteils an diesen Steuern eine Erhöhung von 35 auf 40 % verlangen. Sie würden sich mit der beschlossenen Herabsetzung abfinden, wenn ihnen 500 Millionen Aufkommen aus der Umsatzsteuer garantiert würde. Im anderen Falle würden die Länder auf die Erfüllung notwendiger Aufgaben verzichten müssen. Der Vermittlungsvorschlag der Länder ginge schon an die Grenze des möglichen Entgegenkommens. Werde er abgelehnt, so seien die Länder leider gezwungen, gegen die Beschlüsse des Reichstags Einspruch im Reichsrat zu erheben.

Preussischer Senator von Preger schloß sich diesen Ausführungen des Vertreters Preußens an.

Der sächsische Finanzminister Reinhold betonte, das Reich verfüge über genug Reserve, um den Ländern durch ein Eingehen auf ihren Kompromißvorschlag die Notwendigkeit einer härteren Anspannung der Realsteuern zu ersparen.

Abg. Junke (Soz.) erklärte, seine Freunde seien Gegner des für später angekündigten Zuschlagsrechtes der Länder und Gemeinden.

Inzwischen waren nur noch Abgeordnete der Sozialdemokraten im Saale anwesend.

Abg. Ludwig (Soz.) beantragte, die Sitzung nach dem Tagesorden zu verlegen, wo die Rechtsparteien säßen, die die Gesetze machten. Vizepräsident Bött rügte diese Ausdrucksweise. Abg. Ludwig (Soz.) wiederholte seinen Antrag auf Verlegung. Vizepräsident Bött setzte die Abstimmung darüber auf einige Minuten aus. Als durch die Anwesenheitsnachrichten des Hauses die genügende Anzahl Abgeordneter erschienen waren, wurde der Antrag gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Abg. Dr. Rosenbergh (Komm.) erklärte, nach wie vor sei die Masse des deutschen Volkes mit einer Steuerlast von 11 Milliarden belastet. Dazu kämen noch die Reparationen. Jetzt erhalten Länder und Gemeinden zusammen 6 Milliarden aus Zuschüssen des Reiches und eigenen Steuern. Der Redner fragte, welcher Staat sich nach einem verlorenen Kriege 19 nebeneinander bestehende Regierungen leisten könne.

Abg. Koch-Weser (Dem.) fand es interessant, daß die Rechtsparteien heute geschlossen für die Erbschaftsteuerreform eintreten. Der ganze Streit ginge nur darum, wie diese zu handhaben sei. Solange seine Freunde keine Regierungserklärung zu den Ausführungen der Länder erhielten, würden sie gegen die Vorlage stimmen.

Abg. v. Gräfe (DfL.) war der Ansicht, daß das, was die Länder in ihren letzten Vorschlägen angeboten hätten, durchaus genug und annehmbar sei. Das jetzt vorliegende Kompromiß müßten seine Freunde ablehnen.

Damit schloß die Generaldebatte.

In der Einzelberatung

begründete der Abgeordnete Silberschmidt (Soz.) Anträge zur Mietzinssteuer. Danach sollen nicht mehr als 20 % der Friedensmiete zur Deduktion des allgemeinen Finanzbedarfs vorbehalten bleiben 10 % des Steuerausommens sollen zu Mietbeihilfen für zahlungschwache Mieter verwendet werden. Nach einem weiteren Antrage sollen die Mieten höchstens 100 % der Friedensmiete betragen dürfen, während sie nach der Ausschussvorlage vom 1. April 1926 ab mindestens 100 % betragen sollen. Ein neuer Antrag der Regierungsparteien will das Wort „mindestens“ streichen.

Abg. Rätz (Dem.) meinte, es müßte schon im Gesetz der Zeitpunkt bestimmt werden, wann die Hauszinssteuer aufgehoben werden muß.

Abg. Lipinski (Soz.) verlangt, daß mindestens 20 % der Friedensmiete für die Förderung der Bautätigkeit verwandt werden.

Abg. Schneider (Dem.) will, daß für eine gewisse Zeit ein Fünftel des Auskommens der Hauszinssteuer den allgemeinen Zwecken der Länder zugeführt werden soll.

Abg. Grammel (Ztr.) wünscht bei der Mietenfestsetzung besondere Berücksichtigung kinderreicher Familien. Abg. Seiffert (DfL.) lehnt die Hauszinssteuer überhaupt ab.

deutscher Staatsangehöriger auf Freigabe ihres beschlagnahmten Vermögens aus Gründen der Menschlichkeit in den Fällen in Erwägung zu ziehen, wo das fragliche Eigentum noch nicht auf Grund des Vertrages von Versailles dem deutschen Liquidationskonto gutgeschrieben ist. Falls die Gutschrift auf Liquidationskonto bereits stattgefunden hat, kann eine Freigabe nicht mehr in Frage kommen. Die Schlußfrist für die Annahme von Anträgen ist auf den 31. Oktober d. J. festgesetzt worden.

140 % Friedensmiete?

Reichswirtschaftsminister Neuhaus soll vor einigen Tagen Vertretern des Reichverbandes Deutscher Mietervereine erklärt haben, daß mit einer Dauerrente von 140 % der Vorkriegsmiete zu rechnen sei. Renten,

Sohn- und Gehaltsempfänger müsse selbstverständlich durch eine entsprechende Erhöhung ihrer Bezüge die Zahlung der erhöhten Miete ermöglicht werden. Die Wirtschaft aber müsse sich den steigenden Mieten anpassen.

Erleichterter Reiseverkehr nach der Schweiz.

Der Grenzübergang zwischen Deutsch- und der Schweiz hat eine wesentliche Erleichterung erfahren. Zukünftig kann im Badischen Bahnhof in Basel ohne Formlichkeit und ohne Konsultationsanspruch der vollständige Schweizer Schienenverkehr gegen Normalgebühr erteilt werden. Von dieser Bestimmung sind Russen und Armenier ausgenommen.

Frankreich.

Die Friedensbedingungen für Abd-el-Krim. Der „Matin“ hatte sich aus Tetuan genaue Angaben über die Friedensbedingungen, die Abd-el-Krim von Frankreich und Spanien mitgeteilt worden seien, melden lassen. Danach sollte das Rif autonom werden, Spanien einen beträchtlichen Teil seines marokkanischen Gebiets abtreten und Frankreich eine Art Oberaufsicht über die Mispolizei übernehmen. Vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten wird jedoch mitgeteilt, daß diese Meldung weder inhaltlich noch in der Form den von Spanien und Frankreich gefaßten Beschlüssen entspreche.

Bulgarien.

Bulgarische Schutzmaßnahmen. Zur Bekämpfung der politischen Wende hat der Kriegsminister einen Erlass herausgegeben, der sich an die Garnisonkommandanten und die Militärstaatsanwälte wendet und die rücksichtslose Verfolgung der politischen Mordanschläge befiehlt. Gleichzeitig wird in dem Erlass die strengste Überwachung der Grenzen und die Verhinderung ihrer Überschreitung sowohl nach Jugoslawien als auch nach Griechenland anordnet. Dieser Erlass soll besonders gegenüber den mazedonischen Banden durchgeführt werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages wurde der Entwurf eines vorläufigen Handelsabkommens zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion mit großer Mehrheit angenommen.

Berlin. Das preussische Staatsministerium hat dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheiden zugehen lassen. Das Verfahren wird dem für das Reich geltenden entsprechend geregelt.

Berlin. Das Besondere des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. David, der in einer Fraktionsitzung von einem Blutsprung befallen wurde, hat sich gebessert.

Meiningen. Der frühere Sozialdemokrat und jetzige Reichsratsabgeordnete Dr. Maurenbrecher ist in Mengersgereuth bei Sonneberg zum Ortsgeistlichen gewählt worden.

Danzig. Die Bildung der parlamentarischen Regierung in Danzig aus Sozialdemokratie, Zentrum und den Deutschliberalen wurde in gemeinsamer Sitzung beschlossen.

Bergzabern. Der vom französischen Kriegsgericht in Landau wegen Schornsteinverweigerung gegenüber einem Befehl der Besatzung zu 4 Tagen Gefängnis verurteilte Arbeiter Borm wurde von französischen Gendarmen auf der Straße verhaftet und ins Gefängnis abgeführt.

Brüssel. Der Präsident der Kammer Brunet hat auf dringende Vorstellungen der sozialistischen Partei, der er angehört, seine Demission zurückgezogen.

Lissabon. Man rechnet hier mit dem Ausbruch eines neuen Aufstandes. Die gespannte Lage ist die Folge der Unzufriedenheit mit der neuen Regierung Domingos Pereira.

Belgien zum Sicherheitspakt.

Billigung des deutschen Standpunktes.

Der belgische Außenminister hat in der letzten Woche in London und Paris eine Note überreichen lassen, in der die Stellung Belgiens zu der deutschen Note präzisiert wird. In dieser Note erklärt sich Vandervelde zu einer künftigen Änderung der Bestimmungen des Friedensvertrages insofern bereit, als er erklärt, daß man Deutschland keinen Vorwurf machen könne, wenn es den Wunsch habe, gewisse drückende Bestimmungen der Verträge abzuändern. Weiter schließt sich Vandervelde in dieser Note der Ansicht Stresemanns an, daß keine Macht von sich aus ihr Recht zu einer Intervention oder einer Sanktion gegenüber Deutschland interpretieren könne.

Wann die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

6 Nachdruck verboten.

Auf dem Mittelteil der Kaserne von rotem Sandstein, die im Hintergrund eines mächtigen viereckigen Giezerplatzes lag, schlug die Uhr elf. Er wußte aus seiner Jugend, daß diese Kasernenuhr immer einige Minuten voring, darum beschleunigte er seine Schritte und stand nach wenigen Minuten vor dem eisernen Tor des Gymnasiums. Aber die Erinnerungen, die er aus seinen Gedanken verbannen wollte, traten ihm hier nur um so lebendiger entgegen. Hier war ja noch alles wie zu seiner Schülerzeit. In dem Hofe standen noch die Kastanienbäume, nur waren sie größer und breiter geworden. Der alte Brunnen an der Rückwand mit dem verrosteten Trinkgefäß war auch noch da, und der holprig gepflasterte Weg, auf dem die älteren Schüler während der Freiviertelstunde hin und her zu spazieren pflegten, war noch in demselben schlechten Zustand wie ehemals. Nur im Hintergrund des Hofes, angelehnt an das alte, im Stil des siebzehnten Jahrhunderts gebaute Haus, erhob sich ein ganz moderner Ziegelbau, von dem ihm ja Michel schon erzählt hatte. Dort lag auch das Amtszimmer des Direktors und auf demselben Korridor das Amtszimmer des Bedells. Mag wollte sich erst über die Person dieses „wichtigsten“ Gymnasialbeamten informieren und klopfte an seiner Tür. Ein brummiges „Herein“ wurde von einer rauhen Stimme gerufen, die dem neuen Oberlehrer merkwürdig bekannt vorkam. Dann öffnete er die Tür und richtig, da saß noch der alte Gerhard fast ganz so wie vor zwölf Jahren, nur daß der kurze zottelige Vollbart weiß geworden und die über die Ohren gestrichelten Seitenhaare nur noch wie leichter Apfelschnee den Kopf bedeckten.

„Herr Chefes, unser Herr Müller, will sagen, unser Herr Doktor Müller.“ Der alte Niederhose war aufgesprungen und hatte dem früheren Schüler des Gymnasiums beide Hände entgegen gestreckt.

„Nun, alter Gerhard, geht's immer noch?“ „Ja, ja, es geht noch. Sie haben mir ja jetzt noch einen Unterpedell angestellt. Ich mache nur noch die schriftlichen Arbeiten und läute die Schelle nach den Stunden.“

„Also eine Art Gnadenbrot?“

Die Räumung Düsseldorf.

Voraussichtlich am 15. August.

Die militärischen Umgruppierungen im Sanktionsgebiet sind beendet. In Duisburg traf eine aus belgischen und französischen Generalstabsoffizieren bestehende Kommission ein, die eine Inspektionsreise durch das Sanktionsgebiet unternimmt. Die Aufgabe dieser Kommission ist die technische Vorbereitung der Räumung des Sanktionsgebietes. Die Befehlungsbehörde hat für den 15. August eine große Anzahl Waggon von der Reichsbahnbehörde angefordert. Eine offizielle Mitteilung über die Räumung des Sanktionsgebietes ist den innerhalb der Brückenköpfe Duisburg-Muhrort und Düsseldorf liegenden Gemeinden bisher noch nicht zugegangen.

Maßnahmen gegen die polnischen Optanten

Eine Erklärung der Reichsregierung.

Über die Haltung der Reichsregierung zu den Deutschenverdrreibungen aus Polen wird amtlich gemeldet: „Die Reichsregierung hat, sobald bekannt geworden war, daß Polen die Aufforderungen zur Abwanderung den deutschen Optanten in Polen zugestellt hatte, die entsprechende Maßnahme den polnischen Optanten gegenüber im Reich durchgeführt. Sie hat ferner, sobald die Anordnung der Beschlagnahme der Wohnungen der deutschen Optanten in Polen zum 1. August bekannt wurde, die gleichen Maßnahmen gegenüber den polnischen Optanten in die Wege geleitet. Wenn Polen nach dem 1. August die innerhalb seiner Grenzen verbliebenen deutschen Optanten zwangsweise abschieben sollte, wird die Reichsregierung hinsichtlich der polnischen Optanten in Deutschland das gleiche veranlassen. Dabei ist zu beachten, daß der größte Teil der deutschen Optanten Polen schon vor dem

Zu: Maßnahmen gegen die polnischen Optanten.

1. August verlassen hat, und daß umgekehrt ein großer Teil der polnischen Optanten in Deutschland bis zu diesem Termin das Reichsgebiet freiwillig geräumt hatte.“

Im Münchener Stadtrat wurde ein Antrag angenommen, wonach bei polnischen Staatsangehörigen bis auf weiteres die Begutachtung der Einbürgerung verweigert und die bayerische Regierung aufgefordert wird, polnische Staatsangehörige nicht mehr einzubürgern sowie in Bayern lebende polnische Staatsangehörige sofort auszuweisen. In Hamburg und in Altona sind in den letzten Tagen zahlreiche Polen ausgewiesen worden.

Den von Polen ausgewiesenen deutschen Optanten kommt Hilfe auch aus Amerika. Der amerikanische Liebesgabenverein in Newyork hat dem Kommandanten des Durchgangslagers Schneidemühl, Oberst Engel, telegraphisch mitgeteilt, daß sich in Newyork Hilfsstellen gebildet haben, die an besonders bedürftige vertriebene Optanten Liebesgabenpakete absenden wollen.

Angültige Optionen.

Berlin, 5. August. Die deutsche Regierung hat die Optionen von ungefähr 1000 Optanten in bezug auf ihre Gültigkeit angezweifelt. Die polnische Regierung hat sich bereit erklärt, die Ausweisung der in Frage kommenden Optanten nicht durchzuführen, bevor nicht die Gültigkeit der Optionen festgestellt sei.

Ursachen der jüngsten Börsenkrise.

(Von einem bekannten Börsen- und Finanzmann.)

Berlin, 5. August.

An der Berliner Börse ist es soeben ziemlich unerwartet zu einem neuen scharfen Rückgange gekommen, und in weitesten Kreisen verfolgt man wieder einmal mit Spannung die weiteren Vorgänge an der Börse. Vor allem legt man sich die Frage vor, ob wiederum irgend etwas Unerwartetes hinter den Kulissen vorgehe, etwa ein ähnliches Ereignis wie die Schwierigkeiten im Stinnes-Konzern, und leider hat es den Anschein, als seien derartige unliebsame Vorkommnisse keineswegs ausgeschlossen.

Es läßt sich nun einmal die bedauerliche Tatsache nicht bestreiten, daß gerade bei den großen Konzernen

Mangel an Betriebsmitteln sehr bedenklich geworden ist, und wenn selbst so starke Gruppen wie der mehr als 200 Jahre alte Konzern Georg von Siesches Erben sich um Unterstützung an Amerika wenden muß, wenn gegenwärtig dauernd Dugende von Verwaltungsmitteln deutscher Großunternehmungen sich in Amerika befinden, um daselbst Kredite zu erlangen, so beweist das deutlich, wie groß der Kapitalmangel der Industrie ist. Gerade diese Konzerne aber waren es, die im Laufe der verfloffenen Jahre, vor allem in der Inflationszeit, bedeutende Mengen von Aktien anderer Gesellschaften zusammengekauft hatten. Heute, wo sie selbst dringend Geld brauchen, vor allem zur Bezahlung der Löhne, sind sie deshalb gezwungen, diese Aktien wieder zum Verkauf an die Börse zu bringen, und dadurch wird natürlich dauernd ein sehr starker Druck ausgeübt.

Die Großbanken aber sind ebenfalls nicht imstande, das an den Markt kommende Angebot an Aktien aller Art aufzunehmen. Sie müssen heute vor allem darauf sehen, ihre Mittel selbst flüssig zu halten, um nach Möglichkeit den ihnen nahestehenden Industriegesellschaften Kredit gewähren zu können. Unmöglich aber können sie ihre Mittel an der Börse festlegen, und außerdem ist es zum großen Teil ihre eigene Kundschaft, welche Verkäufe vornimmt, um sich die notwendigen Betriebsmittel zu verschaffen, die heute in jedem Geschäft sehr knapp geworden sind. Das große Publikum aber ist in hohem Grade misstrauisch geworden, nachdem es gesehen hat, daß seine Aktien ihm nur noch in seltenen Fällen eine Verzinsung bringen. Außerdem liegt es fast täglich, daß im Ruhrgebiet dieses oder jenes Kohlenbergwerk den Betrieb stillgelegt hätte, und daß auf den Eisenwerken ebenfalls ständig neue Arbeiterentlassungen vorgenommen werden. Die Verwaltungen der betreffenden Werke erklären, daß jeder Tag Betriebsverluste bringe, und infolgedessen fürchtet man vielfach, daß die Aktiengesellschaften vielleicht nochmals eine Zusammenlegung erfahren würden, nachdem vor wenigen Monaten bekanntlich erst im Zusammenhang mit der Umstellung auf Goldmark die starken Kapitalherabsetzungen stattgefunden haben.

In ganz Deutschland gibt es heute nur wenige Industrien, die mit befriedigenden Gewinnergebnissen arbeiten. Zwar sind manche Werke mit Aufträgen reichlich versehen, aber die Belastung der Gesellschaften mit den hohen Steuern und anderen Abgaben ist so stark, daß am Ende des Jahres kein Pfennig Verdienst bleibt, sondern vielmehr oft genug ein Verlust ungeachtet starker Beschäftigung entstanden ist. Wann aber soll in dieser Beziehung eine Wendung zum Besseren eintreten? Diese Frage ist es, die man sich ständig vorlegt und auf die leider niemand eine zuverlässige Antwort zu geben vermag. Jedenfalls muß man einstweilen noch damit rechnen, daß die große Geldknappheit andauern wird und ebenso die schlechte Lage bei den Kohlen- und Eisenwerken. In steuerlicher Beziehung sieht zwar ein gewisser Abbau bevor, aber dieser kann seine günstigen Wirkungen einstweilen noch nicht ausüben und erst später könnte man allenfalls mit einem solchen Einfluß rechnen.

Sehr bedenklich ist es auch, daß angesichts dieser ganzen Zustände der Verkauf weiterer Bestände aus dem Stinnes-Konzern immer schwieriger wird und daß die Verkäufe aus dieser Masse immer weniger einbringen, weil jedermann heute vor hohen Preisen zurückschreckt. Immer wieder aber verkauft außerdem, daß sich auch noch andere große Konzerne in gewissen Schwierigkeiten befinden, und so viel steht unzweifelhaft fest, daß die Gesamtlage für die Konzerne der Eisen- und Kohlenindustrie von Tag zu Tag schwieriger wird, weil — abgesehen von der schlechten Lage der Werte selbst — ihr Aktienbesitz sich ständig an Wert vermindert. Die späteren Verkäufe müssen daher zu immer niedrigeren Kursen erfolgen, und hierin liegt eine besonders große Gefahr. Man kann also der weiteren Entwicklung nur mit Besorgnis entgegensehen, und leider hat es den Anschein, als seien wir einstweilen noch nicht am Ende der schweren Krise angelangt.

E. N.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 7. August 1925

Erstattung von Lohnsteuer. Durch die Neuordnung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn haben die Lohnsteuerpflichtigen in bestimmten Fällen einen Rechtsanspruch auf die Erstattung bereits gezahlter Lohnsteuerbeträge erhalten. Für das Jahr 1924 besteht dieser Anspruch in zwei Fällen: erstens bei Verdienstausfall infolge Erwerbslosigkeit usw. und zweitens beim Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse des Steuerpflichtigen (Krankheit,

reich etwas bei den Schülern. Wie wir es hier machen, brauche ich Ihnen ja nicht zu sagen, das wissen Sie noch. Die Lehrpläne sind allzusehr aufs Realistische gerichtet, und ich kümmere mich deshalb auch verhältnismäßig wenig darum. Ich lasse sogar in Prima noch kleine lateinische Aufsätze machen.“

„So, das tun Sie?“ fragte Mag überrascht. „Ja, das tue ich. Es wird natürlich kein Gewicht darauf gelegt, in den Zeugnissen meine ich, aber ich erreiche doch eine vollkommene Beherrschung der lateinischen Sprache bei meinen Abiturienten. Und sehen Sie, was kann man einem Schüler Besseres mit auf den Weg geben, als eine intensive Kenntnis der beiden alten Sprachen. Das ist die Vorbereitung für jedes Studium, darin liegt der Kern der Philosophie, die Erziehung zum logischen Denken, worauf sich jede Wissenschaft aufbauen muß. Ich muß Ihnen der älteren Herren wegen zunächst das Ordinariat der Quinta anvertrauen. Lateinisch und Griechisch sind ja wohl auch nicht Ihre Lieblingsfächer.“

Mag wollte etwas erwidern, aber der Schulmann winkte energisch mit der Hand und fuhr fort:

„Ich weiß, ich weiß, Sie haben Lehrbefähigung für obere Klassen auch in den alten Sprachen, aber Ihre Neigung war schon als Schüler immer mehr auf das Philosophische, das Poetische gerichtet. Ah, ich erinnere mich noch des herrlichen Gedichtes, das Sie zum Abschied von der Schule in der Aula vortrugen. Wir kamen die Tränen. Sonst findet man bei den Schülern immer die stürmische Freude, hinauszukommen aus der Zucht. Sie hatten begriffen, daß Sie nun die Tür hinter Ihren glücklichsten Jahren verschließen würden. Es war ein heiliger, wehevoller Schmerz, ein wirklicher Trennungsschmerz in diesem schönen Gedicht, mir haben noch lange, lange die Strophen im Ohre geklungen.“

Und nun wischte sich der brave Mann leicht die Augen, als ob ihm etwas hineingeflogen wäre.

Auch Mag mußte sich die Augen wischen, aber aus einem anderen Grunde. Der Schmerz, der durch dieses Gedicht geflossen hatte, war nicht nur ein Abschiedsschmerz von den liebgewordenen Räumen des alten Gymnasiums, es war auch ein Abschiedsschmerz von der Geliebten, von allem, was ihm das Leben schön, sonnig und des Lebens würdig hatte erscheinen lassen. Ueberall, überall in diesem kleinen Rattenhaufen tauchte das Gespenst der Jugend auf. Warum war er nur hierhergekommen?

Augenminister Chamberlain die französische Ansicht über einen Sicherheitspakt im allgemeinen mündlich darlegen.

Verluste der Franzosen in Syrien.

London, 5. August. „Times“ berichtet aus Beirut, daß erste Zusammenkünfte zwischen den ausländischen Truppen des Verrats und den Franzosen stattgefunden hätten. Wegen der außerordentlichen Hitze und des Wasser mangels im Dru sengebirge werde die französische militärische Aktion gegen wärtig wahrscheinlich auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Französische Abtretungsgeleise?

Paris, 5. August. Die Zeitungen behaupten, daß der Finanzminister Caillaux Amerika die westindischen Inseln und England Besitzungen im Stillen Ozean an Zahlungs Statt für seine Kriegsschulden angeboten habe.

Amerika und der Weltgerichtshof.

Washington, 5. August. Präsident Coolidge hofft, daß der Kongreß im Dezember eine endgültige Aktion für Amerikas Beitritt zum Weltgerichtshof unternehmen wird.

Spiel und Sport.

Sp. Insgesamt acht deutsche Siege in Kopenhagen. Bei dem großen Jubiläumssportfest des Kopenhagener Athletenverbandes haben die Deutschen nicht weniger als acht Siege davongetragen, die alle überlegen gewonnen wurden. So im 100-Meter-Lauf Helmuth Schölke-Brandenburg 11 Sekunden, im 200-Meter-Lauf Kretschmar-Brandenburg 22,5 Sekunden, im 400-Meter-Lauf Kretschmar-Brandenburg 50,1 Sekunden, im Hochsprung Holz-Brandenburg 1,80 Meter, im Weisprung Holz-Brandenburg 6,85 Meter. Die Engländer, die mit großen Hoffnungen gekommen waren, holten sich nicht einen einzigen Sieg.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Ein neuer Hochverratsprozess in Leipzig. Vor dem ersten Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik hatten sich wegen Beihilfe zum Hochverrat, Republikverstoßvergehen, Verheimlichung von Waffenlagern, Sprengstoffver brechen und unbefugten Waffenbesitzes der Händler Pflü ger und der Arbeiter Friedrich Gerhart, beide aus Han nover, zu verantworten. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde das Urteil gefällt. Es lautete wegen Vergehens nach § 7 des Republikverstoßgesetzes und § 8 des Sprengstoffgesetzes gegen Pflüger auf zwei Jahre sechs Monate Ge fängnis und 250 Mark Geldstrafe, gegen Gerhart auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und 150 Mark Geld strafe. Beiden Angeklagten werden je sechs Monate der er littenen Untersuchungshaft und die Geldstrafe angerechnet.

Arbeiter und Angestellte.

Bochum. (Die deutschen Bergarbeiter und der internationale Streik.) In folgender Erklärung nimmt der Bergarbeiterverband zur Streikfrage Stellung: „Wir stellen fest, daß unsere Vertreter in Paris pflichtgemäß auf die vertragliche Gebundenheit hingewiesen haben, die einen allgemeinen deutschen Bergarbeiterstreik zum 1. August oder sofort unmöglich machen. Die Entschließung der Pariser Konferenz und mehr noch die Debatten zeigen, daß die aus ländischen Kameraden für die schwierigen deutschen Verhält nisse Verständnis haben.“

Essen. (Die Arbeitslosigkeit im Ruhrberga u.) Nach der Aufstellung des Landesarbeitsamtes Reu-

rauen (Arbeitslosigkeit Bergarbeiter im Ruhrbezirk gegenwärtig schätzungsweise 15 000 Mann. Bis zum 15. August sind weitere Entlassungen von 13 000 Mann angekündigt.

Paris. (Der Bankbeamtenstreik in Frank reich.) Der französische Bankbeamtenstreik hat sich unverändert an. Es handelt sich nicht um eine reine Lohnbewegung, die Bankbeamten verlangen vielmehr eine vollständig neue Rege lung des Arbeitsstatutes.

Berlin. (Allgemeiner Streik im Berliner Spektationsgewerbe.) Bismarck überraschend ist im Berliner Spektationsgewerbe ein allgemeiner Streik ausge brochen, der ungefähr 2500 Arbeitnehmer erfasst. Auch die Arbeiter der bahnamtlichen Kofffuhbetriebe haben die Arbeit niedergelegt, so daß eine bedenkliche Verstopfung der Bahnstrei chen droht, deren Gütereingang gerade jetzt in Anbetracht der Sai son erschwerend groß ist. Die Verhandlungen, die zu diesem bedauerlichen Ergebnis geführt haben, datieren seit dem 14. Juli, der Tarifvertrag ist kündbar erst ab 25. September.

Kongresse und Versammlungen.

k. Internationaler Kongreß der europäischen Studentenhilfe. In Genf wurde der dritte Internationale Kongreß der euro päischen Studentenhilfe, an dem rund 200 Delegierte aus 30 Ländern teilnehmen, eröffnet. Nach einer Begrüßungsan sprache des Rectors der Universität Genf nahm der Vertreter der Schweizerischen Studentenhilfe Dr. Habicht das Wort. Er berichtete u. a., daß die europäische Studentenhilfe während der fünf Jahre ihres Bestehens eine Summe von 11½ Mil lionen Frank zusammengebracht und verteilt hat, wobei ins besondere die besiegten Länder berücksichtigt wurden.

Börse und Handel.

Amstliche Berliner Notierungen vom 5. August.

* Börsenbericht. Es kam erneut zahlreiches Material heraus, das nur sehr schwer und zu nachgebenden kurzen Aufnahme fand. Befremdend wirkte es, daß die Großbanken gar keine Interventionskäufe vornahmen, daher gab es an einzelnen Märkten, insbesondere in Kaltwerten. Kursabschläge bis zu 10 %. Gegen Schluß der Börse nahm die allgemeine Ver stimmung womöglich noch zu. Inländische Anleihen lagen ver hältnismäßig gut behauptet. Am Geldmarkt ist die Lage un verändert.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,37—20,42; holl. Gulden 163,69—169,11; Danz. 80,85 bis 81,05; franz. Franc 19,76—19,80; belg. 19,02—19,06; schweiz. 81,47—81,67; Italien 15,28—15,32; schwed. Krone 112,74—113,02; dän. 95,93—96,17; norweg. 77,60 bis 77,80; tschech. 12,42—12,46.

* Butternotierungen. 1. Qualität 1,92 Mark, 2. Qualität 1,75 Mark, abfallende Butter 1,55 Mark. Tendenz steigt weiter nach oben.

* Marktbericht vom Magervieh in Friedrichsfelde. Schweine- und Ferkelmarkt: Auftrieb: Schweine 137 Stück, Ferkel 419 Stück. Marktverlauf: Mittelmäßiges Geschäft, zum Schluß etwas lebhafter. Es wurden gezahlt im Engros handel pro Stück für Läufer Schweine, 7 bis 8 Monate alt 75 bis 90 Mark, 5 bis 6 Monate alt 60—70 Mark, Ferkel, 3 bis 4 Monate alt 40—55 Mark, Ferkel, 9 bis 13 Wochen alt 27—40 Mark, 6 bis 8 Wochen alt 22—27 Mark.

* Berliner Häuteauktion. Erster Tag. 4. August. Es ge lan gen zur Versteigerung etwa 2492 leichte Häute, 114327 Ferkel-, Kalb- und Schafhäute und etwa 42457 Großviehhäute und Kälberhäute. Der Besuch war ziemlich gut, die Gebote an fangs lebhaft, dann aber zögernd. Es erzielten in Pfennigen je Pfund: Leichte Häute sämtlicher Verwertungen 21 bis 29 Pfund; Kälberhäute mit Kopf 84½ (80¼), Bullenhäute mit

Kopf 86—87¼ (83—84), Kuhhäute mit Kopf 63 (67¼), Ferkel häute mit Kopf 91—92¼ (86¼—88¼); Ferkelhäute mit Kopf, Berliner 91¼ (91¼), do. schlesische 93¼ (93); Kälberhäute, schlesische Provinz, ohne Kopf bis 9 Pfund 138 (134¼), do. mit Kopf 113¼—130 (116¼—121), do. mit Kopf über 9 Pfund 113 bis 128 (117¼—119¼).

* Vorkaufswettbewerb bei der A.-G. Hugo Stinnes Seefahrt und Überseehandel, Hamburg. Der gesamte Vorstand der Aktiengesellschaft Hugo Stinnes für Seefahrt und Überseehandel hatte auf Wunsch des Aufsichtsrats diesem sein Amt zur Verfügung gestellt. Der Aufsichtsrat hat daraufhin die Demission sämtlicher Vorstandsmitglieder des Handels ge schäfts angenommen.

* Produktbörse. Die Weltmarkthausse hat sich unter der amerikanischen Führung weiter entwickelt und dies zieht auch die deutschen Preise mit, zumal die drängenden Feldarbeiten bei uns das Dreschen beschränken und das Nährboden der Zolentscheidung wie die Aussicht auf Export Verkäufer vor sichtlich machen. Der Westen kauft flott ausländischen Weizen und nimmt Weizenroggen auf, auch spielt der wachsende Be gehr des Konsums nach Mehl für die Festigkeit des Getreide marktes mit eine Rolle. Die hohen Inlandsforderungen für Weizen und Roggen sind allerdings nur teilweise durchzusehen. Im Lieferungsanbot haben die Weizenpreise mehr als die des Roggens gewonnen. In Gerste will sich bei dem schwachen Angebot und den hohen Preisen guter Ware der Verkehr nicht recht entwickeln. Hafer wird in greifbarer, auch alter Ware mehr gefragt. Lieferung blieb fest. Mais still. Futterartikel teilweise fester gehalten.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kilogr., sonst je 100 Kilogr. in Reichsmark.

	5. 8	8		5. 8	4. 8
Weiz., märk.	249-253	246-249	Weiz. f. Brf.	14	13,9-14
vommercher	—	—	Koggl. f. Brf.	13,7-13,8	13,8
Koggl., märk.	187-193	184-190	Kaps	360-365	350-360
vommercher	—	—	Leinfaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vittor.-Grbf.	27-34	27-34
Futtergerste	—	—	fl. Speiseerbf.	25-27	25-27
Bräugerste	188-198	187-195	Futtererbfen	23-25	23-25
Hafer, märk.	—	—	Beluschen	23-25	23-25
vommercher	—	—	Niederböhnen	—	—
westpreuß.	—	—	Widen	26-28	26-28
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	11,7-13,2	11,7-13,2
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	15,0-16,5	15,0-16,5
Wln. br. inf.	—	—	Sera'ella	—	—
Sad (seinf.)	33-35,2	33-35	Kapsfuchen	16,6-16,8	16,8
Mrt. u. Not.	—	—	Reintuchen	23,6-23,8	23,6-23,8
Weggenmehl	—	—	Frodenfchl.	12,2-12,4	12,2-12,4
p. 100 Kil. fr.	—	—	Soya-Schrot	22,4-22,6	22,4-22,6
Berlin br.	—	—	Serfml. 30/70	10	10
inf. Sad	27-29	26,5-28,5	Kartoffelfl.	26-26,3	26-26,3

* Schlachtviehmarkt. Auftrieb: Rinder 1929, darunter Bullen 486, Ochsen 437, Kühe und Färken 1006, Kälber 2550, Schafe 6634, Schweine 8286, Ziegen 81, Schweine aus dem Ausland 378. Preise: Für 1 Pfund Lebendgewicht in Reichs pfennigen: Ochsen a) vollfleischige ausgemästete 60—64, b) voll fleischige ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren 54—58, c) junge, fleischige, nicht ausgemästete 46—52, d) mäßig ge nährte jüngere und gut genährte ältere 37—43. Bullen a) 60 bis 63, b) 55—58, c) 48—52. Kühe und Färken a) 58—64, b) 50—55, c) 39—45, d) 30—35, e) 22—25. Ferkel 43—50. Kälber a) —, b) 80—87, c) 68—77, d) 55—65, e) 48—53. Stall mästische a) 50—57, b) 38—47, c) 27—36. Schweine a) —, b) 86—87, c) 84—86, d) 82—84, e) 79—81. Säue 78—80. Ziegen 18—22. Marktverlauf: Bei Rindern ziemlich glatt, bei Kälbern, Schafen und Schweinen ruhig, fette Lämmer gesucht.

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.



Psalm 108, 15.
Ein Mensch ist in seinem Leben wie Gras,
Er blühet wie eine Blume auf dem Felde;
Wenn der Wind darüber geht,
so ist sie nimmer da . . .

Daniel 6, 28.
Er ist ein Erlöser und Nothelfer,
Und er tut Zeichen und Wunder,
Beide, im Himmel und auf Erden.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluss wurde
mein geliebter Sohn, unser guter Bruder, Neffe
und Vetter, mein teurer Verlobter

Carl Bender

ganz unerwartet im blühenden Alter von fast 24
Jahren durch einen Unfall aus unserer Mitte heim-
gerufen.

In tiefem Schmerze für die Hinterbliebenen:

Elise Bender geb. Seyboth
Theophil Bender jr.
Elisabeth Bender
Anna Pfistner als Verlobte,

Kierspe-Bahnhof i. W. und Hildburghausen,
den 5. August 1925.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 9. Aug.
nachmittags 2½ Uhr vom Trauerhause, Hochstraße aus.
Trauerfeier im Hause um 2 Uhr.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei dem Heimzuge unseres
lieben Entschlafenen sagen wir allen
insbesondere dem Landwehrverein
Oberbrügge unseren

innigsten Dank.

Geschw. Petri.

Amt Lüdenscheid.

Die gesetzliche Miete ist ab 1. August
1925 auf 78 v. H. der Friedensmiete er-
höht worden.

Lüdenscheid, den 5. August 1925.
Der Amtmann.

Achtung! Achtung! Markt in Halver

Am Samstag, den 8. August ab 8 Uhr morgens
Verkauf von

Obst, Gemüse, Südfrüchte etc.
zu den billigsten Tagespreisen.
E. Schoof.

Pfadfinder-Räder

Versand nur gegen Nachnahme.
Herrenräder M. 65.— 68.— 72.— 85.—
Damenräder M. 72.— 76.— 80.— 96.—
mit Freilaufzahnkranz M. 8,50 Aufschlag.
mit Freilauf u. Rücktrittbremse M. 14.— Aufschl.
Sämtliche Räder sind mit Doppelglockenlager versehen und
leiste für jedes Rad eine schriftl. 2jährige Garantie gegen
Rohren- und Gabelbruch.
Fahrrad-Mäntel M. 2,95 3,65 3,95 4,80
Fahrrad-Schläuche M. — 95 1,35 1,65
Verlangen Sie sofort kostenlos ausführlichen Katalog
über Nähmaschinen
Musik- u. Spielwaren
Emil Levy, Hildesheim.

Hausbrand-Rußkohle

in fein- und ruhfreier Qualität
spart jeder Haushaltung Kosten und Mühe.
Es empfiehlt diese

Alb. Herdepe, Halver.

legit. Kohlenplahändler.

Große Versammlung

des gesamten, gewerblichen
Mittelstandes des Volmetales,

am Sonntag, den 9. August
nachm. 3½ Uhr im Saale des Herrn
Ferd. Niggeloh in Brügge.

Da ein paar Führer des gewerb-
lichen Mittelstandes Referate halten
werden, bitten wir im Namen der Mittel-
standsvereinigung des Mittelstandes
um zahlreiche Beteiligung.

Handwerksamt des gewerbli.
Mittelstandes Lüdenscheid.

Neu eingetroffen

Eine große Sendung
Korbflaschen

in den Größen von
5, 10, 15, 20, 25, 30, u. 50 Ltr.

Eine Auto-Ladung
Einmach-Gläser
zum Zubinden.

Ferner empfehle
Gährrohren, Spunde
und Korken.

Aug. Vollmerhaus,
Kierspe-Bhl.

Frauenverein Halver. Bez. Westfale.

An dem
Ausflug

nach Dahlebrüdt
am 12. d. M. bitten
wir alle Mitglieder sich
recht zahlreich zu betei-
ligen.

Abfahrt Schmalpur-
bahnhof 12½ Uhr.

Liste zum Einzeichnen
bei Geschw. Fußbender
u. Jfenburg

Der Vorstand.

Landwehr-
verein
Schalksmühle.

Es wird darauf auf-
merksam gemacht, daß
Kameraden, welche auf
dem Landwehrfest am 15.
und 16. August

nicht mit Mütze er-
scheinen als Nichtmit-
glieder

betrachtet werden. Dies
selben sind zu haben bei
Herrn C. Koffstein,
Bahnhofstr.

Bestellungen bis spä-
testens Montag, d. 10. d. M.

Der Vorstand.

Zwei
gute Ziegen
sowie etwas

Heu

zu verkaufen.

Ww. Otto Hager,
Ehringhausen.

Einmach-
Gurken

empfehlen

Frau Emil Haase,
Halver, Hochstr. 4

Büstenkarten liefert
schnellstens

Druckerei Wilh. Bell jr.

Zuverlässigen,
jung. Mann
für Fuhrwerk und
Landwirtschaft
bei sofortigem Eintritt
gesucht.
Alb. Theimann,
Fuhrgeschäft,
Halver, Süßstraße.

Mehrere
Mädchen
od. Frauen
und
jungl. Arbeiter
von 15—18 Jahren
sofort gesucht.
Raifer & Spelsberg,
Folterrohrwerke
Schalksmühle.

Erhalte Sonnabend,
d. 8. August eine Sen-
dung prima
Oldenb. Ferkel
u. Läufer Schweine.
Wilh. Fußbender,
Meinerzhagen.
Telefon 85.